

Antrag

der Abgeordneten Marc Bernhard, Dr. Marc Jongen, Sebastian Münzenmaier, Carolin Bachmann, René Bochmann, Dr. Götz Frömming, Martin Erwin Renner, Beatrix von Storch, Stephan Brandner, Petr Bystron, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutsche Städte sind inmitten eines urbanen Paradigmenwechsels. Ein solch grundlegender Wandel zeigte sich zum Beispiel im Mittelalter. Hier wuchs die befestigte Stadt organisch um Dorfeiche, Kirche, Marktplatz und Rathaus. Der Barock und die Klassik markieren eine Zeit, in der man unter anderem die Befestigungsanlagen schliff, die sich in der Folge langsam zu Grünflächen und Parks wandelten.

Preußen stach im 18. und 19. Jahrhundert auch durch die städtische Garten- und Landschaftsplanung heraus, einem Erbe, an dem sich viele Menschen noch heute erfreuen. Das 19. Jahrhundert bescherte Europa zum Beispiel das Paris Haussmanns, der die breiten Boulevards allerdings auch zur Aufstandsprävention anlegte. In Berlin wiederum gab der Hobrecht-Plan die Grundlage eines geordneten Stadtwachstums.

Der Beginn des 20. Jahrhunderts ist markiert mit großen Reformen und der sozialen Frage, die Berlin viele Siedlungen und auch Gartenstädte brachte. Die Stadtplanungen während der nationalsozialistischen Zeit nähern sich teilweise dem Haussmannschen Prinzip der schöpferischen Zerstörung an, die Zeit ab dem 8. Mai 1945 war geprägt durch die Not, die Kriegsschäden zu beseitigen und schnell wieder Wohn- und Arbeitsraum zu schaffen.

Und nun, im Zeichen eines ungebremsten globalen Hangs zur Verstädterung ganzer Regionen auf Kosten natürlicher Ressourcen, ist Deutschland seit mindestens einer Dekade inmitten des nächsten Paradigmenwechsels, denn eine schier unermessliche Produktion maschinenlesbarer Daten scheint eine weitere Ebene an Organisation und Strukturierung – ein Netz der digitalen Datenproduktion und -nutzung – über die Stadt zu legen. Dieses neue Netz ergänzt unsichtbar, aber hochwirksam die gewachsenen räumlichen Ebenen und erklärt das historisch gewachsene urbane Gefüge kurzerhand zur „Smart City“.

Dieses Schlagwort birgt manche Untiefen, wovon die gefährlichste der missbräuchliche Umgang von Regierungen mit Daten ist: „Das unsichtbare Auge der mal lobenden, mal strafenden Autorität, die es in ihrer Macht hat, einen zu zermalmen, und deren Güte sich darin zeigt, dies nicht zu tun.“¹ Auf diese Weise wirkt ein Überwachungssystem, das keine konkrete Präsenz mehr braucht, sondern mit der ‚Schere im Kopf‘ arbeitet. Der Überwachte diszipliniert sich selbst, die bloße Ahnung der Beobachtung reicht aus, um das gewünschte Verhalten an den Tag zu legen.

Eine Variation dieses Foucaultschen Panoptismus² ist vielerorten der Alltag in China, einem Land, das sein Volk mittels Hochtechnologie erzieht, steuert, regelt und straft. Einem Land, das bis 2030 die Vereinigten Staaten von Amerika als Nummer Eins in Sachen „Künstliche Intelligenz“ (KI) ablösen will und hierzu unter anderem die Bilder zahlloser Überwachungskameras im Stadtraum von verschiedenen Behörden verarbeiten lässt.³

Diese bedrohliche Seite von Smart Cities gedeiht in undemokratischen Staaten und auch solchen, die keine freien und kritischen Bürger wollen, sondern gehorsame Untertanen. Die Gefahren einer primär effizienzorientierten, technikgetriebenen Stadtdigitalisierung, sprich Smart City in üblicher Lesart, liegen aber noch woanders. So ist der verantwortliche politische Raum in der Pflicht, sich der Machtfülle global operierender Technologiekonzerne in der Rolle von Datenmonopolisten entgegenzustellen, denn diese sind es, die die politischen Entscheidungsträger – und damit das Volk als den Souverän – vor sich hertreiben.

Kanadische Behörden taten dies seinerzeit, als sie das Projekt Sidewalk Labs von Google in Toronto stoppten. Sidewalk Labs schlug 2019 – innovativ, fortschrittlich, effizient und bequem – vor: „[A] system of open spaces (parks, plazas, streets, ground floor animation) coupled with digital tools designed to encourage people to spend more time outdoors, together [...] to activate the ground-floor by providing a flexible interior space (called Stoa), a modular heated, lighted, and green paving system, and weather mitigation strategies [...]“⁴

Wesentlich wäre vor diesem Hintergrund, die Digitalisierung nicht nur zu beschleunigen, sondern ihr eine klare und an den nationalen Interessen orientierte Richtung zu geben. In einer Art neuem Gesellschaftsvertrag sollte es um die digitale Souveränität gehen und darum, Ziele vorzugeben, die Technologie und Daten in den Dienst der örtlichen Bevölkerung wie lokalen Industrien zu stellen, wie es Francesca Bria trefflich formulierte.⁵

Obwohl diesbezüglich entschlossenes Handeln erforderlich wäre, verliert sich die amtierende Bundesregierung genauso wie ihre Vorgängerin in kleinteiligen Projektskizzen und wortreichen Veranstaltungen. Dabei gibt es im nachgeordneten Bereich Positionen, die in die richtige Richtung weisen. Hier sei auf die aktualisierte Fassung der mittlerweile vier Jahre alten „Smart City Charta“⁶ verwiesen. Hier ist im Kontext der Datensouveränität und Regulierung technischer Überwachung zu lesen, dass den Bürgern stets der nicht digitale Weg in analogen Strukturen möglich bleiben solle.

¹ Strittmatter, Kai: Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert; München: Piper; 2018; S. 145.

² Han, Byung-Chul: Infokratie. Digitalisierung und die Krise der Demokratie; Berlin: Matthes & Seitz; 2021.

³ Ministry of Science and Technology - P.R. of China (2017): Next Generation Artificial Intelligence Development Plan; URL: <https://www.mfa.gov.cn/ce/cefi/eng/kxjs/P020171025789108009001.pdf>; Zugriff am 18. August 2022.

⁴ Waterfront Toronto (Hrsg.): Waterfront Toronto’s Guide to reading the draft Master Innovation and Development Plan (MIDP); Proposal Sidewalk Labs; Toronto; 2019.

⁵ Maak, Niklas: Servermanifest. Architektur der Aufklärung: Data Center als Politikmaschinen; Berlin: Hantje Cantz; 2022

⁶ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR (Hrsg.): Smart City Charta. Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten; Berlin; 2021.

Ferner sei eventuellen Machtanhäufungen entgegenzuwirken, die sich demokratischer Kontrolle entzögen und eine Gefahr für die Grundrechte, die Sicherheit und Privatsphäre jedes Einzelnen darstellten. Auch heißt es: „Algorithmen dürfen weder demokratisch gewählte Gremien noch die Verantwortlichkeit natürlicher oder juristischer Personen ablösen. Die Kriterien automatisierter Verwaltungsentscheidungen sind offenzulegen.“⁷

Hoffnungsvoll erscheint ebenfalls auszugsweise das „Memorandum Urbane Resilienz“, das Fachleute 2021 auf dem 14. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik verabschiedeten. Hierin ist unter anderem eine Digitalisierungsstrategie gefordert, die städtische Zielsysteme, kommunale Handlungsfelder und Selbstbestimmung im digitalen Raum definiert. Für die Kommunen sei es ebenso unerlässlich, eigene gemeinwohlorientierte Strukturen abseits privatwirtschaftlicher Interessen zu fördern und/oder eigene, gemeinnützige Plattformen und digitale Orte aufzubauen.⁸

In dem, was Smart City meint, verbergen sich noch viele weitere unbeleuchtete Fragestellungen bzw. Problemfelder nationaler Tragweite. So sind zum Beispiel die Macher wie Narrative von Technik zu hinterfragen, die auch in die Digitalisierung mündete. Ferner ist die Stadt keine Rechenmaschine, soll heißen, dass es keinesfalls drittmittel-finanzierten Forschungsprojekten mit privatwirtschaftlicher Schlagseite und ebenso wenig Ingenieuren überlassen werden darf zu bestimmen, was eine Smart City ist.

Die Bundesregierung beschwört bei jeder Gelegenheit einen angeblich drohenden Klimakollaps und mahnt dazu, Energie und damit CO₂-Emissionen einzusparen. Gleichzeitig scheint sie nicht zu wissen, dass der Strombedarf von Servern und Datenspeichergebäuden in Deutschland im Jahre 2021 sich im Vergleich zum Vorjahr um 7 Prozent oder etwa 1 Milliarde Kilowattstunden (kWh) auf 16 Milliarden kWh erhöhte.⁹ Hinzu kommt, dass Rechenzentren sich teils in privater Hand befinden und damit schwer zu regulieren sind. Dass die Themen „CO₂-Reduzierung“, „Urbane Resilienz“ und „Digitale Souveränität“ sich teils widersprechen, wird ausgeblendet, über die energetischen Digitalisierungs- bzw. Smart-City-Erfordernisse im europäischen und globalen Maßstab schweigen sich die Verantwortlichen aus.

So verbrauchten im Jahr 2018 Rechenzentren in der gesamten EU 76,8 Terawattstunden (TWh). Schätzungen ergeben einen Anstieg bis 2030 um 28 Prozent auf 98,52 TWh, also knapp 100 Milliarden Kilowattstunden.¹⁰ Im Jahre 2019 zählte man weltweit mehr als drei Millionen Datenspeichergebäude. China Telecom zum Beispiel, so Maak, betreibt das größte Rechenzentrum der Erde mit 1,2 Millionen Servern, ungefähr 40 Prozent des Strombedarfes bei Serverfarmen entstände durch die Kühlung der Racks: „Wäre es (das Internet, die Antragsteller) ein Land, käme es in den Disziplinen Stromverbrauch und Klimaemissionen direkt nach den Vereinigten Staaten und China.“¹¹

Eine tatsächlich intelligente Stadt und nicht bloß eine technisch optimierte, ist definitiv nicht vorrangig über Nutzer-Bequemlichkeit, sogenannten Fortschritt, sogenannte Innovation, vermeintliche Nachhaltigkeit, Effizienz, elektronische Verwaltungsfähigkeit oder Dataismus erklärlich. Die Freiheit der Bürger hat Vorrang zu haben und nicht der Wunsch, diese technologisch besser kontrollieren oder handhaben zu können.

Ferner ist es die Aufgabe der Bundesregierung, das Eigentum der Daten bei den Datengebern zu belassen bzw. die Datennutzung an strenge Freigaberegeln zu koppeln.

⁷ BBSR 2021: a. a. O.; S. 14.

⁸ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.): Memorandum Urbane Resilienz. Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt; Berlin; 2021.

⁹ Wissenschaftliche Dienste (WD) des Deutschen Bundestages: Sachstand WD 8-3000-070/21; Energieverbrauch von Rechenzentren; Berlin; 2021.

¹⁰ Ebd.; S. 9.

¹¹ Maak; Servermanifest; a. a. O.; S. 23.

Damit ist nicht die Datenschutz-Grundverordnung (DGSVO) gemeint, sondern Daten-geber oder -quellen an den Erträgen zu beteiligen.

Mittels geeigneter Förderprogramme hat die Bundesregierung außerdem die stadträumlichen und baulichen Prämissen im Zeitalter der Digitalisierung definieren zu lassen, denn wir haben es mit einem typologischen Paradigmenwechsel zu tun.

Die AfD-Fraktion brachte am 14. April 2021 den Antrag „Ausarbeitung und Umsetzung einer Smart-Cities-Strategie“ (BT-Drucksache 19/28449) in den Bundestag ein. Die Bundesregierung ist dem bislang nicht nachgekommen. Stattdessen entschloss man sich zu 73 „Modellprojekten Smart Cities“ (MPSC). In der Antwort auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion „Die Zukunft deutscher Smart-Cities-Projekte angesichts der Digitalstrategie“ (BT-Drucksache 20/4944) wird verdeutlicht, dass es sich bezüglich der Steuerung der MPSC weder um einem „Bottum-Up-Ansatz“ noch ein „Top-Down-Prinzip“ handeln soll, sondern um eine Mischung daraus.

Der jüngst veröffentlichten „Digitalstrategie“ ist fehlende Führung ebenfalls deutlich zu entnehmen. So wolle man die Smart City und Smart-Regions-Modellprojekte nutzen, um digitale Lösungen für bessere Teilhabe, Planung und Visualisierung von Planungsentscheidungen zu erreichen. Ferner böte man den Kommunen Unterstützung an, fördere Dialog und Vernetzung der Akteure und stelle Wissen und Informationen bereit (BT-Drucksache 20/3329).

Aus unserer Sicht leistet sich die Bundesregierung ein schweres Versäumnis, denn Digitalisierung stellt einen Paradigmenwechsel dar (siehe oben) und durchdringt weite Teile des Lebens. Sie muss gestaltet werden. Langwierige Modellprojekte stehen schnellen Entwicklungen seitens BigTech gegenüber. Verwaltung und Management der Prozesse reichen angesichts der gegenwärtigen und zu erwartenden Veränderungen nicht aus. Die Länder müssen selbstredend eingebunden sein, aber in einem viel größeren Rahmen erst einmal Klarheit über wünschenswerte Ziele und strikte Grenzen einer Smart City gewinnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen „Smart City“-Gipfel des Bundes und der Länder einzuberufen mit dem Ziel, Klarheit über wünschenswerte Ziele und strikte Grenzen deutscher Smart Cities zu gewinnen;
2. auf dem Gipfel den Nationalen Aktionsplan „Die intelligente Stadt“ zu initiieren mit den folgenden Arbeitsfeldern:
 - a) Definition des städtischen Gemeinwohls;
 - b) Digitale Souveränität: Nationale Einhegung privatwirtschaftlicher Datenmacht;
 - c) Der Mensch bleibt im Mittelpunkt: Schulung der Kritikfähigkeit;
 - d) Grenzen städtischer Kontrolle und Steuerung;
 - e) Bestandteile der intelligenten Stadt;
 - f) Digitalisierungsgetriebene Raumkonfigurationen und Baukörpertypologien als nationale Aufgabe.

Berlin, den 25. Januar 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Zu II Nummer 2 Buchstabe a: Definition des städtischen Gemeinwohls

Wer soll das Gemeinwohl definieren und steuern? Wer also in einer Stadt Entscheidungen über das Bauen, über den Verkehr, über den Konsum und die Industrie treffen, von welchen Interessen geleitet und wem verpflichtet? Frank Schirmmacher fand seinerzeit eine klare Haltung dazu: „Die Umformung einer Gesellschaft kann man nicht den Ingenieuren überlassen, nicht den Industriegiganten und schon gar nicht den Geheimdiensten, die angeblich Risiken in selbstregulierenden Systemen ausschließen wollen.“¹² Sascha Lobo bringt hier ein Beispiel der City of London. 8.000 Einwohner stehen dort 24.000 nicht ansässigen Angestellten gegenüber. Alle dürfen bei Wahlen ihre Stimme abgeben, was dazu führt, dass das Gemeinwohl der City of London mit starkem Banken-Fokus definiert wird: „Die Gemeindeverwaltung der Londoner Innenstadt wird faktisch von Finanzkonzernen bestimmt, eine einzigartige Pervertierung der Demokratie.“¹³

Francesca Bria war seinerzeit Mitglied der Stadtverwaltung Barcelonas. Ihre Warnung ist deutlich: „Wir müssen aufpassen, dass die Entwicklung des digitalen Kapitalismus nicht in eine nie dagewesene und unumkehrbare Wirtschaftskonzentration mündet, die unsere Demokratien herausfordert und gefährdet.“¹⁴ Sie setzte sich erfolgreich dafür ein, 400.000 Bürgern in allen Politikfeldern über internetbasierte Beteiligungsforen die Möglichkeit zur Mitbestimmung zu geben. Es war auch möglich, dass die Bürger entscheiden konnten, welche Daten sie teilen möchten und welche nicht. Barcelona gibt ein Beispiel, wie digitale Technologien städtisch eingesetzt werden können, ohne eine schablonenhafte Smart City hervorzubringen und ferner, wie man die tatsächliche Intelligenz, nämlich die Bürger selbst, aktiviert.

Zu II Nummer 2 Buchstabe b: Digitale Souveränität: Nationale Einhegung privatwirtschaftlicher Datenmacht

Mit dem Stichwort „Massenausforschungswaffen“¹⁵ sind private Institutionen (Microsoft, Apple, Google, Facebook/Meta, Amazon etc.) adressiert und deren bislang nicht kontrollierte Datenmacht. Schirmmacher¹⁶ sprach seinerzeit in diesem Zusammenhang von beispiellosen Datenmonopolen, die Märkten und Gesellschaften Steuerungslogiken diktierten und Mattern adressiert ebenfalls trefflich die treibenden ökonomischen Kräfte und Interessen „Digital urban developers arose across the Americas, Africa, Asia, and the Middle East, where companies like Cisco, Siemens, and IBM partnered with real estate developers and governments to build smart cities tabula rasa.“¹⁷

Neben ohnmächtigen Regierungen sind es allerdings auch naive Konsumenten, die diese Macht verstärken wie Maak feststellt: „Der Nutzer eines digital vernetzten Autos oder eines Fitnessarmbands, von smarten Thermostaten und anderen Tech-Gremlins, die das digitale Zeitalter hervorgebracht hat, ist eigentlich eine Art Hamster in einem digitalen Laufrad, der vor allem Daten produzieren soll [...].“¹⁸ Liegt tatsächlich eine Bejahung dieses Datenlaufrades vor, wäre es freilich eine freie Entscheidung jedes Einzelnen. Diese ist aber über die Schärfung des Kritikvermögens bereits in der Schule, während Ausbildung oder Studium beziehungsweise in den politischen und zivilgesellschaftlichen Diskursen sicherzustellen (siehe II Nummer 2 Buchstabe c).

Als Bequemlichkeitsfalle lässt sich zum Beispiel auch die chinesische Applikation WeChat heranziehen (siehe II Nummer 2 Buchstabe d), mit der man Mietfahrräder nutzen kann. Die entsprechenden Anbieter tun dies eben nicht nur, um die Umwelt zu schonen oder städtischen Verkehr auszudünnen, sondern sie sammeln personenbezogene Daten über den Nutzer, die Mietdauer, den Bewegungsradius, Zwischenstopps und auch das Zusammenreffen mit anderen Mietfahrradkunden.¹⁹

Die Bundesregierung steht vor der Aufgabe, die zahlreichen und teils global operierenden Dienstleister einer

¹² Schirmmacher, Frank: Das Armband der Neelie Kroes: in: Ders. (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte; Frankfurt/M.; 2014; S. 62-69.

¹³ Lobo, Sascha: Daten, die das Leben kosten; in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte; Frankfurt/M.; 2014; S. 107-117.

¹⁴ Maak; Servermanifest; a. a. O.; S. 7-11.

¹⁵ Zuboff, Shoshana: Die neuen Massenausforschungswaffen; in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte; Frankfurt/M.; 2014; S. 38-49.

¹⁶ Schirmmacher; Technologischer Totalitarismus; a. a. O.

¹⁷ Mattern, Shannon: A city is not a computer: Other urban intelligences; Princeton/Oxford: Princeton University Press; 2021; S. 57.

¹⁸ Maak; Servermanifest; a. a. O.; S. 28.

¹⁹ Strittmatter; Neuerfindung der Diktatur; a. a. O.

Smart City an lukrativer Massenausforschung der Bürger zu hindern. Natürlich ist damit die Frage nach den Kriterien und Absichten ihrer Datennutzung verbunden. In der Publikation „Bauen von morgen“ von 2021 wird dieses Thema fokussiert. So habe die Politik selten regulatorisch in den technologischen Wandel eingegriffen und die zunehmende Privatisierung zentraler Infrastrukturen hingenommen.

In vielen Städten und Kommunen seien die finanziellen Mittel so knapp, dass diese ihrer Verantwortung der Daseinsvorsorge nicht mehr angemessen nachkommen könnten. Die Unternehmen schlossen bereitwillig diese Lücken. Fehlende politische Legitimation kompensierten diese durch ihre ökonomischen Möglichkeiten und schufen Abhängigkeitsstrukturen. Dies führe dazu, dass demokratische Prozesse litten und die Gesellschaft sich enteignet fühle.²⁰

Zu ergänzen wäre das Eigentum an städtisch produzierten Daten, denn diese sollten keinen Tech-Konzernen gehören, sondern den Stadtbewohnern, um deren unmittelbare Lebensräume zu verbessern. Bria hierzu: „Geschäftsmodelle, die persönlich Daten abschöpfen, manipulieren und im Austausch für kritische Infrastrukturen zu Geld machen, müssen zerschlagen, Dateneigentum und künstliche Intelligenz demokratisiert werden.“²¹ Big Democracy anstelle von Big State oder Big Tech!

Die Bundesregierung sollte sich diesbezüglich Tarnoffs „Resource Nationalism“ vor Augen führen. Die Idee der Aufklärung stehe auf dem Spiel, denn ein vorausberechenbarer Bürger sei kein freier Bürger mehr: Es gehe „darum, ethische Standards zu definieren, die nicht Gewinnmaximierung durch Konditionierung und Manipulation der User, sondern Nachhaltigkeit, Solidarität und Emanzipation als grundlegende Handlungsmaximen festzuschreiben [...]. Resource nationalism sei ein möglicher Weg – die Idee, dass die Staaten die Ressourcen kontrollieren, die sich auf ihrem Gebiet befinden, nicht fremde Unternehmen.“²²

Zu II Nummer 2 Buchstabe c: Der Mensch bleibt im Mittelpunkt: Schulung der Kritikfähigkeit

Die Bundesregierung schildert gern eine Art Alternativlosigkeit dem digitalen Wandel gegenüber. Und tatsächlich, Technologiefirmen, vom Start-up bis zum Konzern, setzten die Trends und schafften Fakten, während die Politik wie das Recht im Nachhinein mit Regeln und Vorgaben reagieren. Es müsste umgekehrt sein und Stadt-Digitalisierung darf nur zugelassen werden in strengsten Regeln. Ausgangspunkt dieser Vorgaben muss allerdings das Vertrauen in den mündigen Bürger sein und vor allem die Absicht, nachwachsende Deutsche kritikfähig zu machen durch die Schärfung kritischen Denkens gegenüber der Bewusstseinsmanipulation durch den „Überwachungskapitalismus“.²³ Bequemlichkeit ist der natürliche Feind der Kritikfähigkeit, aber auf letztere wird es in Zukunft mehr denn je ankommen: „Intelligente Maschinen verlangen nicht weniger, sondern mehr menschliche Kompetenz. Ob es um computerisierte Finanzprodukte oder militärische Drohnen geht – hochkomplexe Systeme brauchen Menschen mit kritischer Intelligenz und strategischem Überblick.“²⁴

Entsprechenden Regelungen und Ausbildungsrichtlinien muss das Verständnis dessen vorausgehen, was Digitalisierung bedeutet. Frank Schirmmacher zeigte diesen Mangel bereits 2014 auf und sprach von „einullenden Incentive-Rhetoriken der Moderne“, die zeigten, dass Politiker lediglich technokratische Beschreibungen zur Benutzung eines Steuerungssystems abgaben.²⁵ Er stellt im Anschluss die richtige Frage: „Wollen wir, dass Normen durch selbstregulierte technische Systeme gleichsam instinkthaft eingeübt werden – und genau das passiert gerade – oder, dass sie reflektiert und diskutiert werden?“²⁶

Die Grundströmung des sogenannten Dataismus²⁷ beschreibt einen naiven Glauben an die Berechenbarkeit der Welt und setzt den Positivismus wie Materialismus unserer Wissenschaftstradition unkritisch fort. Fehler entstehen in dieser vornehmlich quantitativ orientierten Sichtweise, weil es nicht genügend Daten gibt bzw. die vorhandenen noch nicht effizient genug ausgelesen werden können. Ergebnisse der Rechenmaschinen und ihrer Simulationsprogramme haben tatsächlich für viele Zeitgenossen Wahrheitsrang. Diese lassen sich allzu gern manipulieren von bunten Bildchen – zum Beispiel über die Corona-Ausbreitung oder auch über eine Erderwärmung.

²⁰ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Bauen von morgen. Zukunftsthemen und Szenarien; Bonn, 2021; S. 184.

²¹ Maak; Servermanifest; a. a. O.; S. 11.

²² Ebd.; S. 52.

²³ Ebd.; S. 27.

²⁴ Zuboff; Massenausforschungswaffen; a. a. O.; 270.

²⁵ Schirmmacher; Armband; a. a. O.; 62.

²⁶ Ebd.; 63.

²⁷ Han; Infokratie; a. a. O.

Blindes Vertrauen in die aus dem gerechneten Ergebnis entstandenen Handlungsanweisung ersetzt kritisches Denken: „The machine becomes an oracle; its pronouncements have to be believed. [...] Intuitive machines will need more than trust: they will demand faith.”²⁸

Eine Konstante in den Hymnen auf die Smart City ist die maschinengesteuerte Automobilität. Wie im Brennglas wird der Irrglaube an eine überlegene Technik hier deutlich. Maak referiert am Beispiel des totalüberwachten Autofahrers der Zukunft hingegen, wie das Vehikel zum Belastungszeugen werden kann, falls ein Unfall passiert. Diesbezüglich wichtig ist, dass es ein Programmierer war, der die Verfehlungsparameter zuvor festgelegt hatte: „Auch hier ist die Grundannahme, dass das imperfekte Wesen Mensch zu seinem eigenen Besten überwacht gehöre, dass die Maschine ihm Entscheidungen möglichst abnehmen und seine fehlerhafte Selbstwahrnehmung korrigieren sollte. Dabei ist oft die eingebaute negative Sicht auf den Menschen der initiale Rechenfehler, der am Ende vieler richtiger Einzelschritte zum falschen Ergebnis führt.“²⁹

Technische Probleme sind lediglich ein kleiner Teil dessen, was Stadt ausmacht und Sensoren, Daten und Algorithmen dürfen nicht zum Maßstab der Stadtgestaltung werden: „Technology is a tool [...] technology never deals objectives.“³⁰ Erwähnenswert ist hier Matterns kurze Geschichte der Kontrollpulte, die heutigen Computerdesktops, die ein Allmachtsversprechen bergen und für viele Nutzer im Charakter eines Talismans wirkten: „We are left with the sense, that everything knowable and worth knowing about a city can fit on a screen which simply is not true.“³¹ Man denke hier auch an die Navigationsgeräte, die jede Überraschung, jedes eigene Denken und Orientieren verhindern und die fundamentale Fähigkeit zur Bewegung im Raum verkümmern lassen. Es handelt sich gewissermaßen um die Rückkehr zur selbstverschuldeten Unmündigkeit aus dem Geiste der Bequemlichkeit.

Zu II 2d.: Grenzen städtischer Kontrolle und Steuerung

Als klare Kontrastfolie ausgeübter Kontrolle und Steuerung kann die Entwicklung in China gelten. Was den Deutschen wie eine Dystopie vorkommen mag, droht in Fernost Realität zu werden. Der unter Punkt I. erwähnte Text „Next Generation Artificial Intelligence Development Plan“ der chinesischen Regierung von 2017 birgt die entsprechende Strategie, die unter anderem Videobild-Analyse und -Identifizierungstechnologien, Biometrie und intelligente Sicherheits- und Polizeiprodukte beschreibt.³² Mittlerweile überwachen sieben Millionen Kameras die Großstädte Peking und Shanghai, was 373 Stück pro 1.000 Einwohner entspricht. Berlin nimmt sich im Vergleich mit sechs pro 1.000 bescheiden aus.³³ Der Kamerahersteller „SenseTime“ gab seinerzeit an, Datenbanken mit 500 Millionen Gesichtern zu haben. Es wird selbstredend auch jeder Ausländer, der sich in China bewegt, aufgezeichnet, was der Angabe von 1,5 Milliarden Gesichtern der Firma „Yitu“ Plausibilität verleiht.

Ferner wird die Applikation „WeChat“ für Chinesen immer wichtiger, um sich in Stadt und Land zu bewegen. Ursprünglich ein Austauschdienst bzw. soziales Netzwerk, ist das Programm nun in Nutzung, um Mietfahräder, Taxis, Essen, Kinokarten oder Zug- bzw. Flugscheine zu bestellen. Das Kabelfernsehen, Wasser- und Stromrechnungen oder auch Strafzettel lassen sich begleichen bzw. auch Kredite beantragen.³⁴ Mittlerweile dient das Programm als staatlich anerkannter Sozialversicherungs- und Personalausweis. Bargeld ist selbstredend ein Nischenprodukt geworden, so wurden in China bereits 2020 mehr als 80 Prozent aller Transaktionen über mobile Zahlensysteme wie „WeChat Pay“ getätigt.³⁵ Dies alles hört sich bequem für die Nutzer an und es ist es auch für den chinesischen Inlandsgeheimdienst, der, mittels KI vorsortiert, auf dem Laufenden gehalten wird.

Es geht den chinesischen Autoritäten aber nicht nur um Überwachung, Kontrolle und Steuerung des Verhaltens, sondern um Vorhersehbarkeit. Algorithmen liefern Prognosen über Einzelne, aber auch Ansammlungen bzw. Menschenmassen. In der Provinz Xinjiang zum Beispiel werden Verhaftungen immer stärker von technischen Systemen veranlasst und Einzelfälle nicht mehr von Beamten geprüft. Um die nötige Datenbasis permanent zu vergrößern, gibt es unter anderem die Pflicht zur Installation der Applikation „Jingwang“ auf dem Mobilgerät, die den Behörden kompletten Zugriff ermöglicht. Ferner entscheidet eine Gesichtserkennung an der Tankstelle

²⁸ Nature: Digital intuition; Volume 529; 2016; S. 437; URL: <https://www.nature.com/articles/529437a>; Zugriff am 14. Dezember 2022.

²⁹ Maak; Servermanifest; a. a. O.; S. 31.

³⁰ Mattern, Shannon (2021): A city is not a computer: Other urban intelligences; Princeton/Oxford: Princeton University Press; 2021; S. 160.

³¹ Ebd.; S. 4 und S. 22 ff.

³² P.R. of China: Next Generation; a. a. O.

³³ Statista 2022: Big Brother is watching you; URL: <https://de.statista.com/infografik/22350/ueberwachungskameras-in-ausgewaehlten-grossstaedten/>; Zugriff am 18. August 2022.

³⁴ Strittmatter; Neuerfindung der Diktatur; a. a. O.; S. 161.

³⁵ brand eins 2022: Bargeld nehmen wir hier nicht mehr an: <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2020/die-neue-konsumgesellschaft/bargeld-nehmen-wir-hier-nicht-mehr-an>; Zugriff am 18. August 2022.

darüber, ob getankt werden darf, und selbstredend muss ein GPS-Sender ins Auto eingebaut sein.³⁶

Städtische Infrastrukturen lassen sich in die entsprechende Kontrolle oder auch Abwehr von Aufruhr einbinden, so zum Beispiel mittels Mobilfunknetzstörungen, Stromsperren für U-Bahnen, die Blockade von Türöffnersystemen in Gebäuden oder auch temporäre Straßensperren mittels versenkbarer Poller – der Phantasie der Sicherheitsbehörden ist keine Grenze gesetzt. Ein Aufruhr muss, wie oben gesagt, gar nicht konkret stattfinden.

Er reicht die rechnerisch ermittelte Wahrscheinlichkeit dazu aus. Einen kleinen Vorgeschmack in diesem Themenfeld mag das Video der indischen Nachrichtenseite „Oneindia News“ vom April 2022 geben, das zeigt, wie chinesische Behörden in Shanghai Drohnen und Roboter nutzen, um den befohlenen „COVID-Lockdown“ durchzusetzen.³⁷ Bislang geschieht dies nicht letal, bei schärferen Auseinandersetzungen allerdings dürfte die Bewaffnung der Systeme kein Problem sein.

Zu II 2e.: Bestandteile der intelligenten Stadt

Der Begriff „Smart City“ teilt das Schicksal auch anderer plakativer Begriffe wie etwa „Künstliche Intelligenz“. Die Begleitforschung des BBSR zum nationalen Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) hilft, den Begriff zu schärfen, denn die Netzseiten und Förderanträge von 73 Modellprojekten wurden nach ihren Smart-City-Narrativen untersucht. Vier Hauptnarrative seien identifizierbar und würden entweder leitend oder ergänzend dienen: 1. Steuerungsbezogene Narrative, 2. (Teil-)Raumstrukturelles Narrative, 3. Narrative der Stärkung von Lebensqualität und 4. Zukunftsfähigkeit, Narrative der bürgerschaftlichen Teilhabe.³⁸ Bei den tragenden Narrativen sind der Untersuchung zufolge die Themen „Stärkung/Entwicklung ländlicher/mittelstädtischer Raum/Peripherie (2), Teilhabe Stadt (4), (Innen)Stadt und Quartiersentwicklung/mittelständischer Raum/Peripherie“ (2) besonders häufig. Bei den ergänzenden Narrativen hingegen stünden „Stadt/Kommune als effiziente Dienstleister und Netzanbieter“ (1), (Innen)Stadt und Quartiersentwicklung/mittelständischer Raum/Peripherie (2) und Teilhabe Stadt (4) am meisten im Mittelpunkt.³⁹

Die AfD-Fraktion will vom Begriff der Smart City Abstand nehmen und anstelle dessen die intelligente Stadt durchdenken. Was prägt ein alternatives intelligentes Stadtgefüge, das andere Referenzgrößen als den Markt, das Eigentum, das unternehmerische Risiko und Freiheit in Verantwortung aufwiese? Wie könnte die intelligente deutsche Stadt die Themen Gentrifizierung, Mobilität, Kriminalität, Qualität der Luft, Resilienz gegenüber Starkregen oder Hitze, Arrival City/Quartier meistern? Warum und in welchem Maße braucht die intelligente deutsche Stadt technologische Lösungskapazitäten hierzu?

Innovation, Effizienz, Bequemlichkeit und Fortschritt. Diese Begriffe begegnen dem Leser von Regierungs- und Dienstleisterbroschüren im Zusammenhang mit Smart City unaufhörlich. Sie hegen die Wahrnehmung (framing) ein und hier liegt die Gefahr, denn kontrollbedürftige Regierungen hätten mit den oben genannten Begriffen letztbegründete Ansprüche formuliert: „The second danger of tech googles [...] is the tendency of optimization and efficiency to mask political decisions as objective, technical ones.“⁴⁰ Mattern kritisiert ebenfalls die oben genannten Phrasen und skizziert das totalitäre Potential privatwirtschaftlicher Unternehmen, das sich darin zeigen kann, so könne die Smart City eine „Ideology of technocratic managerism and public service, to reprogram citizens as consumers or users“⁴¹ werden. Bezeichnend hier auch beliebte Subkategorien: „City as platform, City as an operating system.“⁴²

Die Stadt ist kein reduktionistisches Rechenmodell, sondern ein komplexes Gewebe, ein Ökosystem, wie Green schreibt, was freilich auch schon den Systemgedanken in sich trägt. Besser wäre, er hätte in diesem Zusammenhang den Begriff organisch genutzt, denn das Integrieren, Anpassen, Lernen und der Wandel sind dem Organismus allgegenwärtig. Er braucht keine durchgeplante Verbesserung, keine permanente Kontrolle, keine Vision, keine Revolution – ganz zu schweigen von höherer Effizienz, Vermarktbarkeit oder angeblicher Fortschrittlichkeit. Green schwebt entsprechend die „Smart Enough City“ vor.

Local bzw. placed based knowledge wiederum bietet Mattern an, um die tatsächliche intelligente Stadt zu heben,

³⁶ Strittmatter; Neuerfindung der Diktatur; a. a. O.; S. 176.

³⁷ Oneindia News 2022: Chinese authorities are using drones and robo dogs to silence protests, a people are being forced into lockdown; URL: <https://www.youtube.com/watch?v=xPpbXbOCJiw>; Zugriff am 18. August 2022.

³⁸ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR (Hrsg.): Narrative in der Stadtentwicklung; Bonn; 2022; S. 30.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Green, Ben: The smart enough city. Putting technology in its place to reclaim our urban future; Cambridge: MIT Press; 2020; S. 36.

⁴¹ Mattern; A city; a. a. O.; S. 3-4.

⁴² Ebd.; S. 58.

die sich auch zeigt in den Fassaden, den Parks und dem Stadtgrün, den Statuen und den Treppen, aber vor allem in den intelligenten Bewohnern: „We need to expand our repertoire of urban intelligences, to draw upon the wisdom of information scientists and theorists, archivists, librarians, intellectual historians, cognitive scientists, philosophers, folklorists, and other who think about the management of information and the production of knowledge.“⁴³

Streich umreißt in seinem Artikel einen post-digitalen Modus. Der öffentliche Raum verkomme zu einer „Benutzeroberfläche eines digitalen Feudalsystems“⁴⁴ und es sei fraglich, ob „form follows digital function“⁴⁵ die Oberhand gewinnen dürfe. Wo blieben Raum, Atmosphäre? Wo tatsächliche Begegnung zwischen realen Menschen? Der „homo digitalis“ bräuchte all das offenbar nicht mehr. Die sogenannten digitalen Dissidenten (refuseniks) wiederum wollten digitalfreie Zonen errichten per strahlungsabsorbierender Vorrichtungen und störten mit visuellen Mitteln automatisierte Kamerasysteme, um einen überwachungsfreien Raum zu behaupten.

Hier entsteht eine konsequent digitalisierungskritische Perspektive, der sich freilich das Komplementär gegenüberstellen ließe. So gibt es bereits jetzt viele Menschen, die eine Verschmelzung des analogen und digitalen Raumes vorleben. Davon zeugt der rege Gebrauch tragbarer internetgängiger Telefone, das Onlinebestellen von Karten für echte Konzerte, das reale Interesse an einer digitalen Version einer Person via Tinder, das Twittern aus einer analogen Veranstaltung heraus, Armbänder, die den Puls, die Körpertemperatur und die Schrittmenge pro Tag in der Cloud protokollieren und freiwillige Probanden, die sich Chips in den Körper pflanzen lassen. Wie viel Analog und wie viel Digital braucht eine intelligente deutsche Stadt, die keine Smart City sein will?

Zu II 2f.: Digitalisierungsgetriebene Raumkonfigurationen und Baukörpertypologien als nationale Aufgabe

Maak wirft hinsichtlich der zahlreichen „COVID-Lockdowns“ seit März 2020 die Frage auf, was man denn heutzutage noch in der smart optimierten Innenstadt sollte, wenn zum Beispiel „Netflix“ oder „Amazon Prime“ das Kino überflüssig machen und Lieferdienste zuverlässig und schnell Konsumgüter sowie Nahrung nach Hause bringen. Das Zuhause, in dem man wohlgemerkt weite Teile des Tages in Heimarbeit verbringt: „Was würde mit der Stadt passieren, wenn aus ihr die Arbeit verschwände, wenn also ihre ökonomische Topografie, ihre kollektiven Rituale nicht mehr um die Idee von Arbeit, Konsum und Kommunikation herum aufgebaut wären?“⁴⁶ Maak markiert hier einen Paradigmenwechsel hinsichtlich des städtischen Raumes.

Prof. Rambow richtet in einem Essay den Blickpunkt zunächst auf die Architektur und fordert ein kritisches Bewusstsein gegenüber der Digitalisierung, die auch als Baukommunikation wirke. Ferner würden sich Mobilgeräte, E-Roller, Bring- und Lieferdienste etc. durch weitere Smart-City-Technologien künftig erheblich vermehren. Es darf bei diesem Gedankengang unterstellt werden, dass Rambow Stadtbewohner meint, die nur noch Stadtnutzer sind und im Homeoffice per Mobilgerät Nahrung bestellen, aber das gesellige Straßencafé oder die Pizzeria an der Ecke vermeiden. Damit würde tatsächlich ein Bedeutungsverlust des physischen Stadtraums einhergehen. Rambow zufolge müsse dieser gestaltet werden und dies auch gegen massive ökonomische Interessen und aggressiv vorgetragene Partikularinteressen. Kritisch sei in diesem Zusammenhang ebenfalls zu sehen, dass smarte Technologien Bedürfnisse befriedigen, die sie zuvor selbst erst erzeugt hätten.⁴⁷

Einen architekturfokussierten Beitrag über die Raumwirkung digitaler Technologien leistet Neubauer. Kaum jemand mache sich klar, welche Gebäudeinfrastruktur nötig sei, um das ortlose digitale Leben unter Zuhilfenahme mobiler Endgeräte möglich zu machen. Im Jahre 2014 habe der Flächenverbrauch der Rechenzentren 36 Millionen Quadratkilometer betragen und 2020 sei dieser um weitere 40 Prozent gestiegen. Aber nicht nur die Flächenverbräuche seien interessant, sondern auch die Bauformen: „So there is a quite building boom going on windowless high security homes for our collective memory [...] A new architectural typology is growing with it, where the well-being of bits and bytes takes priority over living occupants.“⁴⁸

Anders als bei Speichergebäuden zum Beispiel für Korn, Gas oder Wasser aus der Vergangenheit, werde das Datenspeichergebäude meist versteckt. Ganz zu schweigen vom Vergleich mit Bibliotheken, die auch heutzutage

⁴³ Ebd.; S. 70.

⁴⁴ Streich, Bernd: Urbanes Handeln im digitalen Zeitalter; in: Forum Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung; Ausgabe 2/2020; S. 89-100; hier S. 98-99.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Maak; Servermanifest; a. a. O.; S. 68.

⁴⁷ (BBSR) (Hrsg.): Bauen von morgen; a. a. O.; 40-41.

⁴⁸ Neubauer, Katharina J.: Datenspeichergebäude. Im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Bedeutung und räumlicher Präsenzlosigkeit; Berlin: jovis; 2022; S. 39.

mit größter Sorgfalt geplant würden. Die Frage, ob Datenspeichergebäude rein technische Bauwerke wären – wie etwa Kläranlagen oder Heizwerke – oder die neuen Bibliotheken mit kulturellem Rang, arbeitet Neubauer aus: „Lage, Form, Gestalt und Material werden nicht zum Ausdruck der den Datenspeichergebäuden innewohnenden beziehungsweise der den Daten anhaftenden Öffentlichkeit genutzt, sondern stehen für Anonymität, Abschottung und Geheimhaltung. In der Umkehrung drücken Form, Gestalt und Material auch Sicherheit und Schutz der hochsensiblen Daten aus.“⁴⁹

Neubauer fragt mit Rem Koolhaas nach einer „posthumanen Architektur“, die das digitale Milieu möglich macht und zeigt auch die Chance, neue Bauformen zu entwickeln. Für die Smart City leitet sich aus Neubauers Analyse ab, dass deren technische Infrastruktur bedeutsam ist und gestalterisch behandelt werden muss: „Es ist Zeit, dass Datenspeichergebäuden eine deutlichere Präsenz und ein gesellschaftliches Bewusstsein zukommt und dass sie in eine städtebauliche Resilienzstrategie eingebunden werden.“⁵⁰

Maak markiert ebenfalls das derzeitige Missverhältnis zwischen Bedeutung und Gestalt der stetig wachsenden Serverfarmen. Die digitale Revolution bilde sich nicht stadträumlich ab, denn sonst wären die Datenspeichergebäude im Range von Rathäusern oder Parlamenten bzw. Bahnhöfen oder Parkhäusern. Es gebe auch eine Art bauliche Verharmlosung seitens der großen Tech-Konzerne: „Die neuen Bautypologien des 21. Jahrhunderts, die von Konzernen wie Amazon, DHL oder Google gebaut werden, liegen wie umgefallene Hochhäuser in der Landschaft zwischen Autobahnkreuzen, Ausfallstraßen und Industriegebieten.“⁵¹

Kritisch beleuchtet Maak ebenfalls die Architekturen einiger weniger privater Betreiber von Datenspeichergebäuden. Er konstatiert den gestalterischen Drang, eine Art neue Daten-Gotttheit zu repräsentieren, indem zum Beispiel pyramidenförmige oder Kaaba-artige Neubauten entstünden oder das Rechenzentrum unversehens in eine profanierte christliche Kathedrale wandere. Als Vorschlag wartet Maak mit der Idee eines baulichen Hybriden (digitale Civic Center) auf, bestehend aus Datencenter, Bibliothek und Museum der Zukunft. Ihm schweben Bildungseinrichtungen vor im Charakter öffentlicher Serverfarmen: „Auf dieser Serverfarm könnten Schulen für Coding, Ausstellungsräume und Forschungseinrichtungen, auch ein Zentrum für Digitale Souveränität zu finden sein, in dem erforscht wird, welche politischen und ökonomischen Entscheidungen eine Gesellschaft davor bewahren können, dass ihre Grundfesten von Digitalkonzernen und autoritären Regimen ausgehöhlt werden.“⁵²

⁴⁹ Ebd.; S. 104.

⁵⁰ Ebd.; S. 369.

⁵¹ Maak; Servermanifest; a. a. O.; S. 20.

⁵² Ebd.; S. 71-72.

